

autonomen Gebieten lag die natürliche Zuwachsrates immer noch über dem nationalen Durchschnitt, und zwar in Shanxi (12,65), Anhui (12,62), Fujian (12,16), Jiangxi (12,46), Hubei (12,17), Guangdong (13,14), Guangxi (12,91), Hainan (15,24), Guizhou (13,88), Yunnan (13,00), Tibet (15,54), Shaanxi (12,28), Gansu (12,73), Qinghai (14,40), Ningxia (14,75) und Xinjiang (14,96). Die niedrigste natürliche Zuwachsrates hatte mit 0,54 Promille Shanghai. Auffallend ist, daß neben armen Provinzen und Gebieten mit nationalen Minderheiten insbesondere die südchinesischen Provinzen mit hohem Wirtschaftswachstum ein hohes Bevölkerungswachstum aufweisen. -st-

---

## Kultur

---

\*(17)

### Konferenz über Volkserziehung

Vom 1.-4.März 1993 fand in China eine staatliche Konferenz statt, die dem Thema Volkserziehung (*quanmin jiaoyu*) gewidmet war. Die Konferenz war in Zusammenarbeit mit der UNESCO im Rahmen von deren Programm "education for all" (efa) organisiert worden und befaßte sich speziell mit den Erfahrungen Chinas bei der Entwicklung der Elementarbildung und dem Kampf gegen das Analphabetentum sowie der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Sie diente auch der Vorbereitung des Internationalen Kongresses für Volkserziehung, der im September in China stattfinden soll. Zahlreiche ausländische Gäste, darunter auch Vertreter der UNESCO und des UN Children's Fund, waren anwesend. (RMRB, GMRB, XNA, 2.3.93)

Ministerpräsident Li Peng eröffnete die Konferenz. In seiner Begrüßungsrede (Wortlaut siehe ebd.) betonte er, daß die Entwicklung des Bildungswesens eng mit dem grundlegenden Plan eines Staates zusammenhänge, "reich und stark" zu werden. Die Elementarbildung sei der Grundstein für das gesamte Erziehungswesen. Er wies darauf hin, daß China erst kürzlich auf seinem XIV. Parteitag dem Erziehungswesen erneut eine strategische Position von vorrangiger Bedeutung beigegeben habe, und führte aus, daß

China in den vergangenen vierzig Jahren, insbesondere in den vierzehn Jahren seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik, auf allen Gebieten des Erziehungswesens große Erfolge erlangt habe. China sei sich bewußt, daß es in bezug auf das Ziel, die Volkserziehung in der Welt voranzubringen, als bevölkerungsreichstes Land eine große Verantwortung trage. Die neunziger Jahre seien nicht nur für die Erreichung des strategischen Ziels der sozioökonomischen Entwicklung eine Schlüsselperiode, sondern auch für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Ausrottung des Analphabetentums eine entscheidende Phase. Der Schwerpunkt dieser Arbeit müsse auf dem Lande liegen, wo 80 Prozent der Bevölkerung Chinas lebe.

Erziehungsminister Li Tieying gab in seiner Rede einen Rückblick auf die Leistungen Chinas in bezug auf den Ausbau des Erziehungswesens seit 1949. China verfüge über ein vielschichtiges, vielseitiges und in bezug auf Studienfächer im wesentlichen komplettes Bildungssystem, das das größte in der Welt sei. Derzeit gebe es in China über 200 Millionen Schüler, über 10 Millionen Lehrer und mehr als eine Million Schulen. Für den notwendigen weiteren Ausbau des Erziehungswesens nannte er acht Grundsätze, die unbedingt einzuhalten seien (vgl. GMRB, 2.3.93; RMRB, 5.3.93):

1. Bildung ist die Grundlage der Modernisierung, man muß ihr weiterhin eine strategische Position für vorrangige Entwicklung zuweisen.
2. Man muß die Richtung für den Schulbetrieb gut im Griff haben und alle Arten von Fachleuten heranziehen, die moralisch, wissenschaftlich und körperlich gebildet sind.
3. Die Erziehung muß der Modernisierung des Staates dienen, sich mit produktiver Arbeit verbinden, dem wirtschaftlichen Aufbau als zentraler Aufgabe dienen und den Fortschritt der Gesellschaft fördern.
4. Man muß an der Reform und Öffnung des Erziehungswesens festhalten, mutig alle zivilisatorischen Errungenschaften der menschlichen Gesellschaft absorbieren und als Beispiel nehmen, kühn Neues schaffen und experimentieren, um das Erziehungssystem weiterzuentwickeln und zu verbessern.
5. Man muß die Erziehungsrichtung des Staates vollständig durchführen, die Bildungsgesetze einhalten

sowie die Qualität der Bildung und die Effizienz des Schulwesens erhöhen.

6. Man muß sich auf die Lehrerschaft stützen, deren Qualität erhöhen und sich um die Verbesserung ihrer Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen bemühen.
7. Man muß das Engagement der Regierungen aller Ebenen, der Gesellschaft und der Volksmassen beim Betreiben von Schulen fördern; die finanziellen Mittel für das Schulwesen sollen zur Hauptsache vom Staat kommen, und zugleich sollen über verschiedene Kanäle Mittel beschafft werden.
8. Nach dem Grundsatz der Verbindung von Einheitlichkeit und Vielseitigkeit wird ein vielseitiges Schulsystem praktiziert und werden Fachleute nach verschiedenem Standard ausgebildet. Bei der Entwicklung des Erziehungswesens wird ein Weg gegangen, der der jeweiligen Realität Chinas und seiner einzelnen Gebiete entspricht.

Der Vertreter des UN Children's Fund bezeichnete in seiner Rede die Konferenz als Teil der umfassenden Bemühungen, die Volkserziehung in dem bevölkerungsreichsten Land der Erde zu fördern. In Chinas Entwicklungsstrategie sei das Erziehungswesen von vorrangiger Bedeutung. Gegenwärtig gebe es in der Welt nahezu eine Milliarde Analphabeten; 75 Prozent von ihnen lebten in den neun bevölkerungsreichsten Entwicklungsländern (Bangladesch, Brasilien, China, Ägypten, Indien, Indonesien, Mexiko, Nigeria und Pakistan) und seien größtenteils Kinder, die keine Möglichkeit haben, eine Grundschulbildung zu erhalten. Es sei China hoch anzurechnen, daß es der Einführung der Elementarbildung so große Beachtung schenke; aber es gebe mindestens vier große Herausforderungen, auf die dringend zu achten sei, nämlich die Abschaffung der Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen und der regionalen Unausgewogenheit, die Garantie lebenslangen Lernens und die Steigerung der Effektivität der Erziehung. Der Vertreter der UNESCO hob hervor, wie wichtig es sei, daß sich China an den Aktivitäten zur Entwicklung der Volksbildung beteilige; neun große Länder würden auf diesem Gebiet bereits zusammenarbeiten.

Die stellvertretenden Erziehungsminister Liu Bin und Wang Mingda berichteten auf der Konferenz zum Thema

"Chinas Lage der Elementarbildung und seine Entwicklungsstrategie" bzw. "Erfolge und Perspektiven beim Kampf Chinas gegen das Analphabetentum". (GMRB, 2.3.93) Zum Schluß der Konferenz wurde ein "Aktionsprogramm für die Volkserziehung in China" (*Zhongguo quanmin jiaoyu xingdong gangli*) verabschiedet. Darin werden die Regierungen aller Ebenen, Institutionen und das ganze Volk aufgerufen, sich der großen, dringenden, aber auch schwierigen Aufgabe zu widmen, Erziehung für alle zu verwirklichen und so für den Aufschwung (*zhenxing*) der chinesischen Nation zu kämpfen (RMRB, 5.3.93).

Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen auf dem Gebiet des Bildungswesens ist für China außerordentlich wichtig. Nicht nur wird dem Land internationale Hilfe zuteil, z.B. im Rahmen von Bildungsprojekten, die die Weltbank finanziert, sondern China wird auch in die Pflicht genommen, Fortschritte vorzuweisen, und es wird auf kritische Punkte aufmerksam gemacht, in diesem Fall beispielsweise auf die ungleichen Bildungschancen für Jungen und Mädchen, worüber in China - im Gegensatz zu den regionalen Unterschieden - kaum öffentlich diskutiert wird. -st-

\*(18)

#### Programm für Reform der Akademie der Wissenschaften

Nach über einjährigen Beratungen hat die Chinesische Akademie der Wissenschaften Anfang März 1993 ein umfassendes Reformprogramm für die neunziger Jahre vorgelegt. Bei der Reform sollen die Forschungsstruktur an das Personal- und Arbeitsplatzzuweisungssystem angepaßt und die Verwaltung sowie das soziale Sicherungssystem reformiert werden. Die Akademie wird weiterhin auf die Grundlagenforschung großes Gewicht legen und dafür eine stabile und günstige Umgebung schaffen. Zugleich wird sie bei dem mit der Grundlagenforschung befaßten Forschungspersonal Strukturänderungen vornehmen. Innerhalb von fünf bis zehn Jahren sollen festangestellte hervorragende Wissenschaftler etwa 15 Prozent des derzeitigen Forschungspersonals ausmachen, während über die Hälfte des mit Grundlagenforschung befaßten Forschungspersonals nicht festangestellte Gastwissen-

schaftler sein sollen. Das Kontingent derjenigen Wissenschaftler, die sich mit Grundlagenforschung auf den Gebieten Ressourcen, Umwelt und Ökologie befassen, soll innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre ebenfalls bei etwa 15 Prozent des derzeitigen Wissenschaftlerbestandes gehalten werden.

Die finanziellen Zuwendungen an die Akademie sollen sich künftig auf Langzeit- und Grundlagenforschung hin orientieren. Gleichzeitig sollen sich 70 Prozent der Forschungskapazität dem wirtschaftlichen Aufbau, d.h. dem Markt und verschiedensten Wirtschaftsbereichen zuwenden. Bei der Entwicklung anwendungsorientierter Forschung und Technik soll allmählich zu betrieblichem Management übergegangen werden.

Die Akademie der Wissenschaften wird künftig bestehen aus: den Sektionen (*xuebu*), die sich aus Mitgliedern aus ganz China zusammensetzen; einem Kern von hervorragenden Wissenschaftlern, die sich entweder mit Grundlagenforschung oder mit Forschung zum Wohle der Gesellschaft befassen; einer Reihe von anwendungsorientierten Forschungsinstituten und technischen Zentren, die bereits umgewandelt und auf den Markt ausgerichtet worden sind, wirtschaftlich unabhängig und in der Lage sind, sich selbständig zu entwickeln; einer Reihe von kleinen, mit Aktienkapital verbundenen Betrieben nach Art des "Silicon Valley" sowie nach außen gerichteten High-Tech-Unternehmensgruppen von entsprechendem Ausmaß. (RMRB, 7.3.93)

In einem Interview mit der *Volkszeitung* (18.3.93) erläuterte der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Zhou Guangzhao, das Reformprogramm. Er ging zunächst auf die historische Entwicklung ein, daß die Akademie nämlich zu Beginn der fünfziger Jahre nach sowjetischem Muster aufgebaut worden sei. Für ein wirtschaftlich rückständiges Land wie China sei das damals gut gewesen, doch bald habe sich gezeigt, daß dieses System nicht in der Lage war, das Engagement des einzelnen zu fördern, daß es nicht zu marktwirtschaftlichen Bedingungen paßte und reformiert werden mußte. Für die Reform sieht Zhou vor allem die Schwierigkeit, daß, wenn man die Akademie einfach das Marktsystem

praktizieren ließe, eigentlich das Kontingent der Wissenschaftler und ein großer Teil der Forschungsinstitute erst einmal aufgelöst werden müßten. Entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung würde dann allmählich ein neues Gebilde entstehen. Einige Erfahrungen aus dem Ausland zeigten jedoch, daß ein Neuaufbau nach einem Zusammenbruch sehr schwierig ist. Deshalb habe China die Form gewählt, daß man die Akademie einerseits an die Marktwirtschaft anpaßt, andererseits aber möglichst viel vom Wissenschaftlerkontingent erhält, indem man es vernünftig einsetzt, damit seine Rolle beim wirtschaftlichen Aufbau und wissenschaftlich-technischen Fortschritt noch besser zur Geltung kommt.

In bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verwies der Akademiepräsident insbesondere auf das Beispiel Japans, in bezug auf die Organisation der Grundlagenforschung auf Deutschland und speziell die Institute der Max-Planck-Gesellschaft. Von Japan wolle man lernen, wissenschaftliche Ergebnisse möglichst schnell umzusetzen, von Deutschland, daß Grundlagenforschung nicht vernachlässigt werden dürfe. Zugleich aber betonte Zhou, daß man die Methoden von keinem Land vollständig übernehmen könne. Die Chinesische Akademie der Wissenschaften müsse ein zur Gesellschaft hin offenes System aufbauen, bei dem Grundlagenforschung, angewandte Forschung und technologische Entwicklung miteinander verbunden sind.

Für die Grundlagenforschung soll es nach den Ausführungen des Präsidenten zwei Organisationsformen geben:

1. Den Kern bilden nach Disziplinen aufgebaute Forschungsinstitute mit einem Kontingent erstklassiger Forscher, die an vorderster Linie der internationalen Forschung arbeiten und die höchsten Gipfel der Wissenschaft erklimmen sollen. Dieser Bereich darf aber nicht abgeschlossen und von der Anwendung und Entwicklung getrennt sein.
2. Um die Grundlagenforschung herum soll sich eine Vielzahl wissenschaftlicher Zentren gruppieren, die auf hohem Niveau anwendungsorientierte Forschung und technische Entwicklung betreiben.

- Diese Zentren sind mit strategischen technischen Projekten und den Aufgaben des "Plans 863" (dem staatlichen Plan für High-Tech-Forschung, vgl. C.a., 1990/8, Ü 25) befaßt. Ein Teil dieser Institute soll wirtschaftlich unabhängig sein und wissenschaftlich-technische Unternehmen gründen, die sich im Wettbewerb des Marktes, auch des internationalen Marktes, entwickeln.
3. Als Drittes kommt zu diesen beiden Formen ein äußerer Bereich hinzu, der aus wissenschaftlich-technischen Unternehmen besteht (die nicht mehr zum Bereich der Grundlagenforschung zählen), zu denen hin sich die beiden ersten Bereiche öffnen sollen. Kernpunkt dafür ist, daß Forschungspersonal aus den Bereichen der Grundlagenforschung in diesen Bereich überwechselt.

In der Vergangenheit hätten die mit Grundlagenforschung befaßten Wissenschaftler in einem abgeschlossenen System gearbeitet, und zwar für immer. Das Ergebnis sei gewesen, daß nur ein äußerst kleiner Teil von ihnen die Fähigkeit gehabt habe, langfristig in vorderster wissenschaftlicher Reihe zu arbeiten, während bei den meisten von ihnen die Fähigkeit, Neues zu schaffen, nach gewisser Zeit abgenommen habe. Deshalb werde die Akademie jetzt nur eine bestimmte Zahl von Grundlagenforschern behalten, während über die Hälfte ihre Stelle wechseln muß. Jüngere Wissenschaftler, die sich eine geraume Zeit mit Grundlagenwissenschaft befaßt hätten, durch die sie neue Sichtweisen und neue Kenntnisse gewonnen hätten, sollen sich der Anwendung und Entwicklung zuwenden. Auf diese Weise würden einerseits wissenschaftliche Ergebnisse, andererseits Fachleute abgegeben. Vor allem würden allen drei Bereichen, der Grundlagenforschung, der anwendungsorientierten Forschung und der technischen Entwicklung, ständig neue Fachleute zugefügt und die Beziehungen der drei Bereiche untereinander bleiben aufrechterhalten. Der Austausch von Fachleuten, Informationen, Kapital und Ergebnissen würde im internationalen Wettbewerb von Vorteil sein.

In Anspielung an Deng Xiaopings Motto "Ein Land - zwei Systeme" meinte Zhou Guangzhao, man könne von "Eine Akademie - zwei Systeme"

sprechen. Den zwei Systemen lägen zwei verschiedene Kriterien zugrunde, zum einen, daß sich die Akademie auf die realen Bedürfnisse der Gesellschaft einstellen müsse, zum anderen, daß sie sich der wissenschaftlichen Entwicklung selbst zuwenden müsse. Dies gebe es so in keinem Land der Welt. Zwar brauche nicht jeder einzelne Wissenschaftler beide Wertmaßstäbe in sich zu vereinen, die Akademie aber müsse beide Prinzipien miteinander verbinden. Vor allem sollten die staatlichen Zuwendungen an die Akademie demnächst nur noch für Grundlagenforschung verwendet werden, während die von der Akademie gegründeten Betriebe sich selbständig entwickeln und sich selbst tragen sollten und zudem in die Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung investieren sollten.

Mit diesem Reformmodell befindet sich die Akademie der Wissenschaften offenbar auf dem Wege zu einer typisch chinesischen Form. Dadurch, daß man die Form akademieeigener Betriebe und praxisorientierter Institute gefunden hat, die sich selbst finanzieren, hat man ein Auffangbecken für das Heer der Wissenschaftler geschaffen, die im Zuge der Reform sonst entlassen werden müßten. Derzeit beträgt das wissenschaftliche Personal an der Akademie noch 100.000 (XNA, 7.3.93). Es soll durch die Reform auf dreißig Prozent reduziert werden. -st-

\*(19)

#### **Aufruf zu Studium, Propagierung und Durchführung der "Grundzüge" der Erziehungsreform**

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich ein Zirkular erlassen, in dem alle Erziehungsbehörden, Schulen, Kader und Lehrer aufgefordert werden, die Ende Februar 1993 verkündeten "Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" zu studieren, zu verbreiten und durchzuführen. Dies sei für die Erziehungsbehörden und Schulen aller Ebenen in den neunziger Jahren eine wichtige Aufgabe. Bei der Durchführung des Reformprogramms müßten die Erziehungsbehörden ihr Denken, ihre Ansichten, ihre Funktion und ihren Arbeitsstil ändern, mutig Neues schaffen und Initiative entfalten. Zugleich müßten sie aber auch sehen, daß die Verwirklichung aller Aufgaben der

"Grundzüge" ein schwieriges, kompliziertes Projekt ist. In der konkreten Arbeit brauchten sie Tatkraft und Gewissenhaftigkeit und müßten von der Wirklichkeit ausgehen. Sie müßten auf Effektivität achten, Formalismus vermeiden und das Engagement aller Beteiligten wecken. (GMRB, RMRB, 1.3.93)

Zum gleichen Thema veröffentlichten die *Volkszeitung* und die *Guangming-Zeitung* jeweils in ihrer Ausgabe vom 3. März 1993 einen langen Artikel vom Erziehungsminister Li Tiejing. Der Artikel trägt die Überschrift "Das grundlegende Projekt für den Aufbau der sozialistischen Modernisierung - Gewissenhaft die 'Grundzüge der Reform und Entwicklung des chinesischen Erziehungswesens' studieren, propagieren und durchführen". Darin betont Li u.a., daß die strategische Position, die das Erziehungswesen nunmehr einnehme, eine bedeutsame Veränderung der Leitidee vom Aufbau der Modernisierung sei. Auf dem XII. Parteitag seien Erziehung sowie Wissenschaft und Technik als einer der drei strategischen Schwerpunkte der sozialistischen Modernisierung bezeichnet worden. Der XIII. Parteitag habe Wissenschaft und Technik sowie Erziehung an die erste Stelle gesetzt, damit sich die Wirtschaft auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt stütze und die Qualität der Arbeitsbevölkerung angehoben würde. Der XIV. Parteitag schließlich habe dem Erziehungswesen die strategische Position vorrangiger Entwicklung zugewiesen, um das ideologisch-moralische und wissenschaftlich-kulturelle Niveau des ganzen Volkes anzuheben.

Tatsächlich wurde die Bedeutung des Erziehungswesens für die Modernisierung Chinas seit Beginn der Reformperiode hervorgehoben, doch wurde das Bildungswesen immer im Zusammenhang mit Wissenschaft und Technik genannt, wobei den beiden letzteren eindeutig größere Beachtung geschenkt wurde. -st-

\*(20)

#### **Abschaffung der Militärausbildung an der Beida?**

Einer Meldung der Hongkonger Zeitung *Ming Bao* zufolge soll mit Beginn des neuen Studienjahres die einjährige militärische Ausbildung der Erstseme-

ster an der Beijing-Universität (Beida) wieder abgeschafft werden. Sie war im Anschluß an den 4. Juni 1989 an der Beida und einigen anderen Hochschulen, deren Studenten sich in der Demokratiebewegung exponiert hatten, eingeführt worden. Wie das Blatt berichtet, soll Ministerpräsident Li Peng kürzlich auf einer Versammlung um Meinungsäußerungen zu diesem Thema gebeten haben. Dabei soll die einjährige militärische Ausbildung bei Erstsemestern ausdrücklich kritisiert worden sein. Die Maßnahme, so fährt das Blatt fort, sei von Anfang an auf den Widerstand der Studenten, Eltern und Lehrer gestoßen, doch habe die Staatliche Erziehungskommission an dem diesbezüglichen Parteibeschluss festgehalten. Im vergangenen Jahr habe sich die Shanghaier Abendzeitung *Xinmin Wanbao* in einem Artikel gegen die militärische Ausbildung ausgesprochen, was von Generalsekretär Jiang Zemin prompt gerügt worden sein soll. Per Dekret seien Presseartikel dieser Art verboten worden. Im September letzten Jahres hätten einige Professoren der Beida Erziehungsminister Li Tieying während eines Besuchs in der Beida eine Petition überreicht, in der sie sich für die Abschaffung des Militärdienstes einsetzten. Daraufhin habe Li Peng die obenerwähnte Versammlung einberufen. Fachleute führten für ihre Kritik an der Maßnahme vor allem folgende Gründe an:

Die unmittelbarste negative Folge des einjährigen Militärdienstes sei, daß die Beida in diesem Jahr keine Absolventen habe. Außerdem sei die Zahl der Bewerber, die sich um einen Studienplatz an der Beijing-Universität und der ebenfalls betroffenen Fudan-Universität (Shanghai) bewerben, in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen. [Bei beiden Universitäten handelt es sich um Spitzenuniversitäten.] Die einjährige militärische Ausbildung habe die Kontinuität des Lernens bei den Studenten beeinträchtigt, insbesondere bei denen, die Naturwissenschaften im Hauptfach studieren. Originalität und Unabhängigkeit der Studenten seien unterdrückt und der normale Lehrbetrieb sei unterbrochen worden.

Die Hongkonger Zeitung weiß zu berichten, daß der Beschluss für die einjährige militärische Ausbildung unter Studenten nach eingehenden Diskus-

sionen der Staatlichen Erziehungskommission und der Zentralen Militärkommission von der Parteispitze zurückgenommen wurde. Eine militärische Übung von einem Monat für Erstsemester solle jedoch beibehalten werden. (*Ming Bao*, 27.2.93, nach SWB, 6.3.93)

Falls sich die Meldung aus Hongkong bewahrheitet, bedeutete dies eine gewisse Lockerung gegenüber den Studenten, die allerdings nur gradueller Natur ist, denn die Partei wird von dem ebenfalls nach dem 4. Juni 1989 erneuerten Gebot verstärkten politisch-ideologischen Unterrichts nicht abgehen. -st-

\* (21)

#### Unzureichendes Bildungsniveau der Jugend

Das niedrige Bildungsniveau der Jugend in China kann den Anforderungen der Entwicklung des Landes auf besorgniserregende Weise nicht genügen. Diese Auffassung vertrat die in Hongkong stationierte Chinesische Nachrichtenagentur "Zhongguo Tongxun She" Ende Februar, indem sie folgendes ausführte (25.2.93, nach SWB, 6.3.93):

Der 4. Volkszählung zufolge haben von den 250 Mio. Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 über 85 Prozent nur das Bildungsniveau der Grundschule oder der unteren Mittelschule. Unter dem Einfluß der Mentalität, schnellen Erfolg zu erzielen und sofort Geld zu verdienen, übersteigt die Zahl derjenigen jungen Leute, die so bald wie möglich arbeiten und Geld verdienen wollen, die Zahl derjenigen, die lieber studieren wollen. Von den 250 Mio. Jugendlichen im ganzen Land besuchen nur 38,74 Mio. irgendeine weiterführende Schule, das sind ganze 15,75 Prozent der Bevölkerung dieser Altersgruppe. Unter den Zwölfjährigen besuchen nur 24,95 Prozent eine Schule, während 39 Prozent von ihnen bereits arbeiten. Der Anteil der Schüler unter den Sechzehnjährigen sinkt ständig. Von den Zwanzigjährigen studieren nur 11,12 Prozent an irgendeiner Bildungseinrichtung, während über 80 Prozent von ihnen arbeiten. Bei den Vierundzwanzigjährigen studieren nur 0,64 Prozent und arbeiten 94 Prozent. Im Ergebnis haben also unter der heutigen Jugend auf dem Festland 85,71

Prozent die Bildungsstufe der Grundschule oder der unteren Mittelschule, 12,46 Prozent haben eine mittlere Bildungsstufe, und nur 1,83 Prozent haben eine Hochschulbildung. Wegen ihres niedrigen Bildungsniveaus haben die jungen Leute kaum eine berufliche Wahl. Die überwiegende Mehrheit ist für nichts anderes als körperliche Arbeit qualifiziert. Statistischen Angaben zufolge arbeiten 75 Prozent der Jugendlichen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht und Fischerei. Danach folgen produktive Arbeiter und Transportarbeiter mit 17 Prozent. Dies bedeutet, daß 92 Prozent aller Jugendlichen körperlicher Arbeit nachgehen.

Der Mangel an geschultem Nachwuchs macht sich in China auf allen Gebieten und Ebenen bemerkbar. So sind in jüngster Zeit wiederholt Klagen über einen Mangel an Hochschulabsolventen laut geworden (s. z.B. C.a., 1992/1, Ü 11). Noch gravierender wirkt sich die völlig unzureichende berufliche Ausbildung der von den Sekundarschulen abgehenden Schüler aus, die zum großen Teil im tertiären Sektor unterkommen, für diese Berufe aber keineswegs vorbereitet sind. Selbst auf unterster Ebene bedürften die in der Landwirtschaft unterkommenden jungen Arbeitskräfte intensiverer Schulung. Wenn es in den kommenden Jahren im Bildungswesen nicht zu entscheidenden Durchbrüchen kommt, kann die Modernisierung nicht vorankommen. -st-

\* (22)

#### Guangdong: Schule für Kinder reicher Eltern

In der Nähe von Guangzhou, der Hauptstadt der südchinesischen Provinz Guangdong, wird derzeit eine Schule für Kinder wohlhabender Eltern gebaut, denen die regulären Schulen nicht gut genug sind für ihre Kinder. Es handelt sich um ein zwölfjähriges Internat. Es ist bereits die zweite Schule dieser Art in China. Die erste, eine sechsjährige Grundschule, wurde im vergangenen Jahr von einem pensionierten Angestellten der Erziehungsbehörde der Provinz Sichuan in Chengdu errichtet. Die neue Internatsschule in Guangzhou, deren Baukosten 100 Mio. Yuan betragen sollen, wird von einem der Zhongshan-Universität angeschlossenen Zentrum und zwei

Unternehmen gesponsort. Für die zwölfjährige Schulzeit müssen die Eltern pro Kind 150.000 Yuan aufbringen, bei Ausländern sind es 200.000 HK-Dollar. Das Geld kommt in einen Reservefonds, aus dem jährlich 12 Prozent zur Deckung der Kosten für den Schulbetrieb entnommen werden.

Das 23 ha umfassende Schulgelände liegt im Kreis Conghua in einer landschaftlich schönen Gegend. In der Schule sollen erstklassige Lehrer aus dem In- und Ausland unterrichten. Die Klassenstärke soll auf 24 Schüler begrenzt sein. Die Schule stellt pro Monat und Schüler 600 Yuan für den Lebensunterhalt zur Verfügung. Philippinische Kindermädchen sollen für die kleineren Kinder zur Verfügung stehen, auch deshalb, um mit den Kindern Englisch zu üben. Das Internat nimmt Kinder aus Taiwan, Hong Kong und Macao sowie Kinder von Auslandschinesen auf. Auch Ausländer, die auf dem Festland arbeiten, können ihre Kinder in diese Schule schicken. Der Schulbetrieb wird mit dem kommenden Schuljahr aufgenommen. (XNA, 12.3.93)

Bei dieser Internatsschule handelt es sich um eine Privatschule, die ausschließlich aus nichtöffentlichen Mitteln finanziert wird. In dem Ende Februar verabschiedeten Reformprogramm für das Erziehungswesen werden ausdrücklich unterschiedliche Schulformen und Finanzierungsmöglichkeiten zugelassen. Bisher gab es Privatschulen nur in Bereichen außerhalb der Pflichterziehung. Das Beispiel zeigt auch, daß es zumindest in Südchina schon zahlreiche sehr wohlhabende Familien gibt, die bereit sind, große Geldsummen in die Erziehung ihrer Kinder zu investieren. -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(23)

**Unternehmer aus Hongkong, Macao und Taiwan diskutieren Investitionsmöglichkeiten in der VR China**

Einem Bericht der XNA vom 19.3.93 zufolge, fand Mitte März eine zweitägige Konferenz in Beijing über eine Ausweitung der Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten für Unter-

nehmen aus Hongkong, Macao und Taiwan statt. Neben festlandschinesischen Regierungsvertretern, Experten und Wissenschaftlern aus der VR China zählten zu den rund 150 Konferenzteilnehmern auch 30 Unternehmer aus Hongkong, Macao und Taiwan, die bereits Investitionen in der Volksrepublik realisiert haben.

Ziel der Konferenz ist die Förderung der für alle Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen volksrepublikanischen und Unternehmen aus Hongkong, Macao und Taiwan. Im Vordergrund der Diskussion stand der Einfluß der Wirtschaftsreformen und der außenwirtschaftlichen Öffnungspolitik in der VR China auf die Entwicklung von Unternehmen mit Investitionen aus Hongkong, Macao und Taiwan.

Nach Angaben der XNA wurden bis Ende 1992 insgesamt 63.279 Kooperationsprojekte mit Investitionen aus Hongkong und Macao genehmigt. Das Volumen der vertraglich zugesagten Investitionen soll sich dabei auf 74,18 Mrd. US\$ belaufen. Die Zahl der genehmigten Projekte aus Taiwan soll zu diesem Zeitpunkt 10.245 betragen haben; das vertraglich zugesagte Investitionsvolumen wird mit 8,973 Mrd. US\$ angegeben. -schü-

\*(24)

**Intervention zur Stützung des RMB auf Devisen-Swapmärkten**

Einem Bericht der XNA vom 12.3.93 zufolge, hat der kontinuierliche Wertverlust des RMB auf den Devisen-Swapmärkten die Regierung zu Stabilisierungsmaßnahmen veranlaßt.

Ende Februar wurden auf den Swapmärkten entweder Preisobergrenzen für den Handel mit US\$ gesetzt oder der Handel entsprechend einer Prioritätenliste der Regierung eingeschränkt. Nach Aussagen von Yang Gonglin, Sprecher der staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle, habe der Wechselkurs nicht mehr den tatsächlichen Wert der chinesischen Währung widerspiegelt. Da ein stabiler Wechselkurs Voraussetzung für eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung sei, wären staatliche Interventionen notwendig.

Als Folge des administrativen Eingriffes stieg der Wechselkurs der chinesischen Währung zum US\$ von 9 RMB :

1 US\$ auf 8,05-8,20 RMB [11.3.93]. Yang Gonglin bestätigte zwar nicht, daß die Zentralbank US\$ verkaufen wird, um den Wert der chinesischen Währung zu erhöhen, betonte jedoch, daß "alle notwendigen Maßnahmen" eingesetzt würden.

Wie die XNA berichtet, hat es seit Frühjahr letzten Jahres, insbesondere in den ersten zwei Monaten 1993, einen hohen Kursverlust für den RMB auf den Devisen-Swapmärkten gegeben, der bis Februar rund 40% betragen haben soll. Diese Entwicklung habe vor allem diejenigen Unternehmen schwer getroffen, die Rohstoffe und Technologie importierten. Auch sei die Auslandsverschuldung hierdurch weiter angestiegen.

Als Gründe für den Kursverfall nannte Yang Gonglin die stark gestiegene Nachfrage nach Devisen als Folge des schnellen Wirtschaftswachstums und die verbreitete Devisenspekulation. Yang verteidigte die Intervention der Regierung, da diese das Ziel habe, Aktivitäten zu beschränken, die eine gesunde Entwicklung des Marktes behinderten. Solange sich noch nicht ein vollständiger Markt herausgebildet habe, würde die Regierung auch nicht auf Eingriffe verzichten und Prioritäten für die Devisenutzung aufstellen. Hierzu zähle der Getreideimport und die Einfuhr moderner Technologien und Ausrüstungen für staatliche Unternehmen und Schlüsselprojekte des Investbaus. Außerdem müßte die Bereitstellung notwendiger Devisen für die Geschäftsabwicklung und den Gewinntransfer der Auslandsunternehmen gesichert werden.

In einem Artikel im *Handelsblatt* vom 25.3.93 wird die Stellungnahme von Zhou Zhengqing, stellvertretender Gouverneur der Zentralbank, sowie von Wang Deyan, Präsident der Bank of China, zur Währungspolitik wiedergegeben. Zhou erklärte in dem Interview mit dem *Handelsblatt*, daß es das Ziel der Reformen sei, das duale Währungssystem zu vereinheitlichen und die Währung voll konvertibel zu machen. Allerdings bestehe hierfür noch kein genauer Zeitplan, und in der Übergangsphase werde auch mit international üblichen Maßnahmen versucht, die Risiken des Währungsverfalls zu reduzieren. Zu diesen Maßnahmen zählten auch Währungshedging, Swap-Operationen und Devi-